

## Soziales Feigenblatt

Zum Bericht „Quote für geförder-  
ten Wohnraum“ in der DZ vom 23.  
Juli:

Der Stadtratsbeschluss, künftig bei größeren Bauprojekten 15 Prozent der Wohnungen als „geförderte Wohnungen“ vorzuschreiben, klingt gut, in Wahlkampfzeiten sogar verheißungsvoll. Was bedeutet er konkret? Gehen wir einmal davon aus, dass 100 Wohnungen geplant werden. Dann werden 85 Wohnungen die üblichen Eigentumswohnungen sein, wie sie überall in Mengen gebaut werden. 15 Wohnungen werden von uns Steuerzahlern gefördert, d.h. sie sind billiger zu erwerben. Und diese 15 Wohnungen müssen nun als Gegenleistung etwa für fünf oder zehn Jahre – das sind inzwischen übliche Laufzeiten – günstiger vermietet werden; nämlich zu einem Preis, der sich am „sozialen Wohnungsbau“ orientiert. Nach den fünf oder zehn Jahren sind auch diese Wohnungen ganz normale Eigentumswohnungen zu einem ganz normalen (teuren) Mietpreis. Schlussendlich wird Deggendorf nach diesen fünf oder zehn Jahren also nicht nur 85, sondern sogar 100 weitere Eigentumswohnungen haben, die niemand braucht, weil – wie auf der Klosterberg-Homepage vorgerechnet wird – schon Hunderte von Wohnungen leer stehen.

Was in der Dr. Kollmann-Straße gebaut wird und als „sozialer Wohnungsbau“ bekannt ist, ist etwas anderes und läuft jetzt unter „kommunaler Wohnraumförderung“. Solche Sozialwohnungen sind keine Eigentumswohnungen, sondern werden im Besitz der Stadtbau auf Dauer zu einem „Sozialtarif“ an Berechtigte vermietet. Genau das meint und bewirkt der Stadtratsbeschluss bei den Bauprojekten der Zukunft aber leider nicht! Er bedeutet vielmehr ein Weiter-so der fortschreitenden Überproduktion von Eigentumswohnungen mit Zerstörung

von Landschaft (s. Klosterberg), Abriss von bezahlbaren Wohnungen (s. Detterstraße) und Vernichtung von Gärten (s. Frauenstraße) – verziert mit einem sozialen Feigenblatt. Dieses soll verdecken, dass die Baupolitik schon lange nicht mehr unseren Wohnbedürfnissen dient, sondern der Kapitalabschöpfung Vermögender und dem Gewinn der Profiteure des Baubooms. Die überfällige soziale Korrektur dieser Entwicklung stellt die 15-Prozent-Regelung nicht dar.

*Dr. Sylvia Schroll-Machl,  
Deggendorf*